

# Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:  
**0058/2020/AN**

Antragsteller: B'90/Grüne  
Antragsdatum: 28.04.2020

Federführung:  
Dezernat I, Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft

Beteiligung:

Betreff:

**Wirtschaftshilfen**

## Antrag

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 24. Juni 2020

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	07.05.2020	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	27.05.2020	Ö		
Gemeinderat	18.06.2020	Ö		

**Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1**

## Sitzung des Gemeinderates vom 07.05.2020

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 07.05.2020

### 33 **Wirtschaftshilfen** Antrag 0058/2020/AN

Stadtrat Cofie-Nunoo erklärt, dass der TOP-Antrag deshalb gestellt worden sei, da die Umsetzung der Maßnahmen, die am 26.03.2020 im Gemeinderat beschlossen worden seien (Anlage 02 zur Drucksache 0149/2020/BV) aus seiner Sicht nicht ausreichend seien. Das bedaure er sehr. Man sei davon ausgegangen, bereits heute Antworten der Verwaltung zu bekommen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner erwidert, dass die Verwaltung völlig unabhängig von diesem Antrag sowieso eine Vorlage zu dem Thema in Arbeit habe. Diese werde – wie von ihm zugesagt - im ersten Haupt- und Finanzausschuss, der wieder tagen dürfe, vorgelegt (am 27.05.2020).

In der folgenden Diskussion, an der sich die Stadträtinnen Geugjes, Mirow, Heldner, Illgner, sowie die Stadträte Leuzinger und Kutsch beteiligen, werden folgende Anregungen gegeben.

- Mieterlass statt Stundung für Kultureinrichtungen (vor allem fünf Einrichtungen der Clubszene) in städtischen Liegenschaften. Dies treffe vorwiegend die Jugendkultur.
- Der ‚Round Table‘ zum Thema Clubkultur (veranstaltet durch Kulturamt und Amt für Wirtschaftsförderung und Wissenschaft) möge vor dem Haupt- und Finanzausschuss am 27.05.2020 zu einem digitalen Treffen zusammenkommen, um Ideen und Impulse zu sammeln.
- Eine Aufschlüsselung der anfallenden Stundungskosten als Entscheidungshilfe für den Haupt- und Finanzausschuss sei wünschenswert.
- Auch Heidelberger Vereine hätten Anspruch auf städtische Hilfe. Das müsse einheitlich behandelt werden. Wenn über Erlass gesprochen werde, müsse es auch Prüfkriterien geben.
- (Sport-)Vereine und Kultureinrichtungen dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. In den Clubs fänden auch zahlreiche kulturelle Veranstaltungen statt. Das dürfe nicht vergessen werden.
- Beim Thema „freiwillige Übernahme der KdU“ (Kosten der Unterkunft) hoffe man auf aktuelle Informationen und einen Zeitplan.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner stellt klar, dass es keine Vorlage geben werde, in der Geschenke verteilt würden. Man brauche einen abgewogenen, differenzierten und wirtschafts-impulsgebenden Vorschlag. Daran arbeite die Verwaltung.

Er betont, dass die Verwaltung sofort reagiert habe und die Stundung der Mieten der angesprochenen Kultureinrichtungen inklusive aller Nebenkosten veranlasst habe, um den Druck für diese Einrichtungen zu nehmen.

Weitergehende Entscheidungen (wie zum Beispiel ein Mieterlass) oder die insgesamt Gewichtung müsse dieser Gemeinderat treffen. Er nennt beispielhaft die Cafes, über die ebenfalls nachgedacht werden müsse.

Man dürfe nicht vergessen, dass auch die Partner der Kultureinrichtungen, beispielsweise das Land Baden-Württemberg, in der Pflicht seien, diese Einrichtungen zu unterstützen. Das müsse differenziert betrachtet werden. Die Stadt könne nicht einfach 100prozentige Hilfe leisten.

Beim Thema „freiwillige Übernahme der KdU“ verweist der Oberbürgermeister auf Verhandlungen mit der Bundesebene, bei denen er selbst dabei sei. Die Kosten für die KdU beliefen sich bundesweit auf 4,5 Milliarden Euro. Die Finanzierung sei also entsprechend sehr schwierig. Aber er nehme das Thema gerne mit auf in der Vorlage.

**gezeichnet**  
Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** verwiesen in den Haupt- und Finanzausschuss

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 27.05.2020**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

## **Sitzung des Gemeinderates vom 18.06.2020**

**Ergebnis:** Antrag wurde behandelt

## Antrag Nr.:0058/2020/AN

Abbildung des Antrages:

Für: Stadt Heidelberg  
Herrn Oberbürgermeister  
Prof. Dr. Eckart Würzner

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de

FRAKTION Bündnis 90 /Die Grünen



Rathaus, Marktplatz 10  
69117 Heidelberg  
Tel: +49 (6221) 58-4717-0

Derek Cofie-Nunoo, Fraktionsvorsitzender  
Marilena Geugjes, stellv. Fraktionsvors.  
Felix Grädler, stellv. Fraktionsvors.  
Dr. Luitgard Nipp-Stolzenburg, stellv. Fraktionsvors.  
Christoph Rothfuß, stellv. Fraktionsvors.

Rahel Amler, Anja Gemand, Sahin Karaaslan,  
Dr. Dorothea Kaufmann, Dr. Nicolá Lutzmann,  
Kathrin Rabus, Dr. Ursula Röper, Julian Sanwald,  
Anita Schwitzer, Manuel Steinbrenner, Frank Wetzel

geschaeftsstelle@gruene-fraktion.heidelberg.de  
www.gruene-heidelberg.de

Heidelberg, 28.04.2020

### Tagesordnungspunkt Gemeinderat – Wirtschaftshilfen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

In der Sitzung des Gemeinderats am 26. März wurde unser Sachantrag zu TOP 5 öffentlich "Wirtschaftsoffensive in der Corona-Krise; hier: Ergänzung von Maßnahmen" (Anlage 02 zur Drucksache 0149/2020/BV) mehrheitlich vom Gemeinderat beschlossen. Sie haben zugesagt, die Maßnahmen schnell umzusetzen. Ihre Antwort vom 14. April auf unsere Nachfrage zum Umsetzungsstand zum Thema ist aus unserer Sicht in einigen Bereichen unbefriedigend. Um den betroffenen Akteur\*innen in der derzeitigen Krise aufgrund der Corona-Pandemie bestmöglich zu helfen, beantragen wir, folgende Maßnahmen umzusetzen:

- Mieterlass anstatt Stundungen für Kultureinrichtungen in städtischen Liegenschaften,
- die Möglichkeit der Stundung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Stadt Heidelberg und städtischen Unternehmen muss von der Stadt transparent und deutlich kommuniziert werden,
- bestehende Förderprogramme für die Kultur- und Kreativwirtschaft sollen zur Unterstützung von durch die Corona-Krise bedingten neuen Geschäftsmodellen umgenutzt werden dürfen (zum Beispiel für die Deckung von laufenden Kosten),

- bei Neubeauftragungen im laufenden Haushaltsjahr sollen lokale Dienstleister\*innen und Unternehmen bevorzugt werden,
- ein städtischer Unterstützungsfonds nach Mannheimer Vorbild soll eingerichtet werden (siehe Mannheim: <https://www.mannheim.de/de/nachrichten/kommunale-zusatzhilfe>),
- Kitas mit städtischem Gebührenmodell sollen die Möglichkeit haben, bei Bedarf Gebühren nicht weiter zu berechnen. Außerdem sollen sie finanziell dahingehend ausgestattet werden, dass sie eine „Notbetreuung“ für systemrelevante Berufe anbieten können,
- Vorauszahlungen an die Stadt Heidelberg sollen bis mindestens Ende des Jahres ausgesetzt werden.

### **Begründung**

Um die finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise auf die lokale Wirtschaft, vor allem auf kleine Unternehmen und Selbstständige, Freiberufler\*innen, Künstler\*innen und Existenzgründer\*innen abzufedern, wurden bereits schnell wirksame Soforthilfen und Unterstützungsangebote von der Stadt Heidelberg bereitgestellt. Bei den oben genannten Punkten sehen wir allerdings weiterhin dringenden Handlungsbedarf und bitten diese Maßnahmen schnellstmöglich umzusetzen.

**gezeichnet Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**